Ulrich Bohner, Generalsekretär des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas des Europarats

Die Bedeutung kommunaler und lokaler Strategien bei der sozialen Integration junger Menschen in Europa

Zunächst möchte ich einige Worte über unsere Organisation sagen, die ein Partner bei der Konferenz in dieser Woche ist. Mein Kollege René Weingärtner wird einige Worte zu unserer Organisation, dem Europarat als solches sagen, der seit 1949 für Menschenrechte und Demokratie eintritt.

Nach unserer Ansicht umfasst die pluralistische Demokratie die Demokratie auf lokaler und regionaler Ebene. Aus diesem Grund hat der Europarat vor zehn Jahren den Kongress der Gemeinden und Regionen Europas ins Leben gerufen, der die lokal und regional gewählten Politiker aus unseren 46 Mitgliedstaaten vertritt.

Danken möchte ich dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die Initiative zu dieser Konferenz, die zur rechten Zeit kam. Auch unseren Freunden in den Jugendreferaten des Europarates danke ich für ihre aktive Beteiligung. Aber ich möchte auch hervorheben, dass die Städte und Gemeinden, die wir vertreten, an vorderster Front für eine ordentliche Zukunft für die jüngere Generation in den sozial benachteiligten Gebieten kämpfen.

Genau aus diesem Grund hat das Ministerium das Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten" ins Leben gerufen, das in über 330 Stadtteilen deutscher Städte durchgeführt wird und die Grundlage für den europäischen Austausch von Erfahrungen und Praktiken darstellt, den wir hier in Berlin in den nächsten 2 Tagen abhalten.

In einem Konvoi bestimmt immer das langsamste Fahrzeug die Geschwindigkeit aller. Der Grad der Freiheit und des Wohlstandes eines Landes kann nur gemessen werden, wenn man nicht nur die am weitesten fortgeschrittene, sondern auch die benachteiligste Gruppe berücksichtigt. Aus diesem Grunde ist unser Thema heute, die Chancen Jugendlicher und Kinder in benachteiligten Stadtteilen, nicht nur für diese Gruppen oder Stadtteile wichtig, sondern auch für unsere Gesellschaft als Ganzes.

Es ist keine einfache Aufgabe, sich mit dem Thema: Integration von Jugendlichen aus sozialen Brennpunkten und mit benachteiligten Stadtteilen zu beschäftigen. Aber wenn wir nicht in der Lage sind, Lösungen für diese komplexe Frage zu finden, wird unsere Gesellschaft unter großen Defiziten, Rissen und Konflikten zu leiden haben, von denen einige bereits heute zu beobachten sind. Beschäftigen wir uns aber zunächst mit einigen Begriffen: Als erstes muss man verstehen, was das Wort „integrieren" für die Betroffenen und das Publikum bedeutet.

Die Verantwortung, die jeder an dieser Integration beteiligte Partner oder Akteur trägt (z.B. nationale Regierungen, Gemeinden, Freiwilligenverbände, Bürgerbeauftragte, Familien und auch die Jugendlichen und betroffenen Kinder) und die verschiedenen Ansätze und Entscheidungen verändern sich ständig.

Das Konzept der Partnerschaft, das verstärkt Verantwortung auf die Akteure überträgt und die Betroffenen ermächtigt, wird immer öfter als Lösung zur Wiederherstellung einer ausgewogeneren Beziehung zwischen den Betroffenen (denen, die unter sozialer und wirtschaftlicher Ungerechtigkeit leiden) und dem „anderen" Teil der Gesellschaft vorgebracht.

Dies ist in der Tat ein ebenso komplexes Phänomen wie die Frage der städtischen „Ghettos". Die Häuser sind baufällig, oft sind es die einzigen Wohnungen, die Einwanderern zur Verfügung stehen, viele Alleinerziehende, viele Hilfsarbeiter oder Arbeitslose leben dort. Einige Pläne zur Stadterneuerung führten dazu, dass Menschen, die über ein zu geringes Einkommen verfügen, um sich eine angemessene Wohnung leisten zu können, umgesiedelt wurden.

Dies führte zur Trennung zwischen den „schwierigen" Stadtteilen und dem Rest der Stadt: Diese zeigt sich durch unsichtbare Mauern der Angst und des Misstrauens, das sich oft in sichtbarer Gewalt äußert wie Gesten, Worte und Taten auf beiden Seiten. Die Jugendlichen aus diesen Stadtteilen, insbesondere Jungen, sind sowohl Täter als auch Opfer der „sichtbaren" Form der Gewalt.

Um diese „unsichtbaren Mauern" zu durchbrechen, muss man sich selbst behaupten und die Gewalt wird oft als Mittel hierzu angesehen. Aber es gibt auch andere weniger diskutierte Formen von Gewalt (z.B. sexuelle Gewalt oder Einschüchterung) gegenüber Mädchen. Sie existiert, wird aber nur allzu oft ignoriert.

Dieses Phänomen der räumlichen Trennung ist weniger offensichtlich in den sogenannten Übergangsländern, aber die Privatisierung der Wohnungen und die immer größere Kluft zwischen Arm und Reich werden die Städte Mittel- und Osteuropas wahrscheinlich in die gleiche Richtung drängen.

Bestehende Enklaven in Städten wie Sofia, Bukarest und Prag sind oft Stadtteile, die

größtenteils und manchmal ausschließlich von sozial schwachen Gruppen wie den Roma bevölkert werden. Das Problem der verlassenen „Straßenkinder" ist noch lange nicht gelöst.

Die Fakten sprechen für sich: Die Gewalt nimmt zu, insbesondere bei Jugendlichen in Ländern, in denen der wirtschaftliche Übergang die Institutionen geschwächt und ganze Familien in die Armut gestürzt und sie desorientiert und oft ohne jede Zukunftsperspektive zurückgelassen hat.

Wie die Statistik der Vereinten Nationen zeigt, sind auch die Zahlen in den Ländern der Europäischen Union alarmierend: Die Zahl der Jugendlichen, die zwischen 1995 und 1997 in England und Wales verurteilt wurden, ist so hoch wie die in Russland. Deutschland hat die zweithöchste Jugendkriminalitätsrate der Europäischen Union.

Trotzdem sind sich die Politiker, Regierenden und Analytiker über die tatsächliche Bedeutung der Ursachen für den Anstieg der Gewalt immer noch nicht einig.

Einzelne Faktoren wie der Einfluss biologischer und psychologischer Merkmale auf angeborene oder erworbene Charaktereigenschaften oder Beziehungsfaktoren wie der Einfluss der Familie erhalten bei der Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung dieses Phänomens oft Priorität. Dagegen werden gesellschaftliche Faktoren wie Einkommensunterschiede, schlechte Berufsausbildung, fehlende und regelmäßige angemessen bezahlte Beschäftigung oft bei diesen Strategien vernachlässigt.

Dies ist besonders alarmierend, wenn man die Diskrepanz zwischen den Erfolgsversprechen des internationalen Marketing oder die Fortschritte durch Bildung einerseits und die wachsende Unsicherheit des täglichen Lebens andererseits sieht. Zusammen mit den immer deutlicheren Unterschieden bei Status und Chancen zwischen den Stadtteilen trägt dieses Phänomen dazu bei, ein Gefühl von Wut oder sogar Hass bei den Jugendlichen zu erzeugen und führt daher zu Ausbrüchen von Gewalt in benachteiligten Stadtteilen.

Wir sollten auf alle Fälle eine Stigmatisierung vermeiden, indem wir Stereotype schaffen. Glücklicherweise weisen jedoch nicht alle Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen und nicht alle armen Menschen automatisch ein gewalttätiges Verhalten auf.

Gewalt wird ausgelöst durch die Zerstörung des sozialen Vertrauens, den Verlust des Identitätsgefühls und der Würde, gemeinsamer Werte und Gemeinschaft und durch fehlende Zukunftsperspektiven, die dazu beitragen könnten, eine solch unbefriedigende und schwierige Situation zu überwinden.

Wenn wir uns die verschiedenen nationalen Strategien zur Bekämpfung von Jugendgewalt und Förderung der Integration anschauen, die nicht mit Assimilierung verwechselt werden dürfen, sind wir oft hin und her gerissen zwischen „gezielter" Integrationspolitik und „Recht und Ordnung"-Politik, die besonderen Schwerpunkt auf die verübten Straftaten legen und oft dazu tendieren, Kriminalität, Verantwortung des Einzelnen und soziale Phänomene miteinander zu verwechseln.

Das soziale Umfeld darf nicht als Entschuldigung für den Einsatz von Gewalt dienen, sondern sollte den politischen Entscheidungsträgern helfen, die Ausweglosigkeit der Jugendlichen in den benachteiligten Stadtteilen zu verstehen. Die Zukunft dieser Jugendlichen ist oft ohne jede realistische Perspektive, die es ihnen ermöglichen würde, ein Bestandteil der Gesellschaft zu werden.

Wichtig ist: Erst verstehen, bevor man die Ausbrüche von Gewalt verurteilt und zur Unterdrückung greift. Unterdrückung hilft nicht, die Ursachen zu bekämpfen mit denen viele Jugendliche konfrontiert sind. Unterdrückung sollte nur eingesetzt werden, wenn alle anderen politischen Instrumente bereits erfolglos angewendet wurden und das gewalttätige Verhalten nicht unterbinden konnten, als eine Art „ultima ratio" Politik.

Wir brauchen einen sogenannten „integrierten Ansatz", der die Bemühungen und Mittel auf allen Ebenen der Gesellschaft kombiniert. Der „all-inclusive"-Ansatz ist die einzige Hoffnung zur Integration einer großen Zahl von Jugendlichen in das, was wir hoffentlich immer noch als „normale" Gesellschaft bezeichnen können.

Zwei unterschiedliche Strategien wurden bisher in einigen europäischen Staaten angewandt:

- Strategie der „Prävention von Jugendkriminalität" und „Stadterneuerung"
- Strategie zur „Prävention von Jugendkriminalität"

Strategien, die sich auf „die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt" oder „Ownership" von Initiativen im Privatsektor gründen (um von den öffentlichen Plätzen weg zu kommen, oft der einzige Raum, der den Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen zur Verfügung steht) werden manchmal von den Jugendlichen selbst als negativ erachtet, da die staatlichen Behörden oft bestimmte Strukturen und Aktivitäten vorgeben, die ohne direkte Beteiligung der Jugendlichen ausgearbeitet und geschaffen wurden.

Strategie zur „Stadterneuerung"

Im Vereinigten Königreich wurde eine sogenannte „gezielte" Politik zur „Stadterneue-

rung“ Anfang der 90er Jahre verabschiedet. Diese Politik kombiniert Aktionen in den Bereichen Sozialwohnungen, Gesundheitsversorgung und Verbrechensbekämpfung mit Aktionen für Bildung und Beschäftigung. Die Strategie versuchte mit dem Einfluss der „Banden”, der Zerstörung der sozialen Netze, sozioökonomischen Veränderungen und der veränderten Rolle der Familie fertig zu werden.

Die Ansätze zeigen zwar die Schwierigkeiten beim Aufbau einer wirklich kohärenten Strategie bei einem solch komplexen Thema auf, aber auch eine Reihe von Initiativen auf europäischer Ebene, um Dialog, Anerkennung von Identität und Vermittlung bei Konflikten aufzunehmen.

Obwohl diese Ansätze notwendig sind, sind sie jedoch so lange unzureichend bis eine überzeugende Lösung für das Hauptdilemma gefunden wird.

Welchen Platz nehmen ausgeschlossene, benachteiligte Jugendliche in unserer zeitgenössischen Gesellschaft ein?

Auf dem Spiel stehen der Zusammenhalt, die Gleichheit und die Demokratie:

Staatsbürgerschaft kann nicht auf sozialer Nutzlosigkeit gegründet sein.

Dies ist ein grundlegendes soziales Thema: Es betrifft die Säulen, auf die die europäische Gesellschaft ihre Zukunft aufbauen muss.

Wir können kein Gefühl der Zugehörigkeit entwickeln, wenn uns nichts gehört und Demokratie ist ohne ein Gefühl der Zugehörigkeit nicht möglich.

Es ist unsere Aufgabe, jungen Menschen eine Perspektive zu geben, die es ihnen erlaubt, sich als Teil unserer gemeinsamen Gesellschaft zu fühlen. Die Konferenz, die wir gemeinsam hier in Berlin organisieren, bietet die Gelegenheit, sich über gute Praktiken zur Entwicklung einer solchen Politik auszutauschen.

Die Ergebnisse der letzten Wahlen in Frankreich zeigen zum Beispiel, dass die Wahlbeteiligung in den benachteiligten Stadtteilen um 20% niedriger ist als der Durchschnitt.

Verantwortung geht Hand in Hand mit Besitz. Teil einer Gemeinschaft zu sein, in der persönliches Engagement und Beiträge berücksichtigt werden, verdrängt das Gefühl der Nutzlosigkeit und der Angst, ein Randelement der Gesellschaft zu werden, das keinen Einfluss auf die Entwicklung dieser Gesellschaft hat.

Im Lichte dieser Fragen müssen wir unsere Ansätze in den Bildungssystemen überdenken, die den Einzelnen bei seinem Kampf um Selbstbehauptung allein lassen. Wenn den Betroffenen nicht geholfen wird, sich für Programme und Aktivitäten zu qualifizieren, haben die Menschen aus benachteiligten Stadtteilen den Eindruck, diese seien Kilometer von ihrem täglichen Leben entfernt und völlig unzugänglich. Diese Bemühungen sollten so früh wie möglich, bereits in den Kindergärten in Deutschland und den Kindergärten in England beginnen.

Als Hilfestellung bei diesem komplexen Thema möchte ich Sie bitten, sich die vergleichende Analyse der Integrationspolitik in sechs europäischen Städten näher anzuschauen: Amsterdam, Barcelona, London, Neapel, Moskau und Sofia, die auf Initiative des Generaldirektorates für sozialen Zusammenhalt des Europarates erstellt wurde.

Ich hoffe, dass diese Erkenntnisse uns bei unserer künftigen Arbeit helfen und „Geistesnahrung“ sein werden, so dass wir unsere Ressourcen und Erfahrungen zum Nutzen der sozial schwachen Gruppen bündeln können in dem Bemühen, einen Ausweg aus ihrer Ausweglosigkeit zu finden und sie zu Akteuren statt zu Zuschauern zu machen, die zur Entwicklung der Gesellschaft in der sie leben, beitragen können.

Ich möchte, dass wir uns einige Punkte anschauen, die als gemeinsamer Nenner im Kampf gegen Ausgrenzung zu sehen sind:

- Überholung des sozialen Aktionssystems durch Vernetzung aller örtlichen Ressourcen zur Bekämpfung der Ausgrenzung;
- Einrichtung von lokalen Konsultations- und Koordinationsmechanismen zwischen den verschiedenen Parteien, um die bestehenden Synergien so gut wie möglich zu nutzen und über die lokalen Bedürfnisse und verfügbaren Ressourcen besser informiert zu sein;
- Entwicklung einer engen interaktiven Beziehung zwischen dem sozialen Aktionsnetz und dem sozialen Umfeld, aus dem diese Jugendlichen stammen, mit anderen Worten: Stärkung der sozialen Bande zur und innerhalb der Gemeinschaft, deren Unterstützung für das Projekt erforderlich ist;
- Aussöhnung zwischen der Kultur und dem Wertesystem derer, die am sozialen Aktionsnetz beteiligt sind, die sie weiter geben möchten und der Kultur und der Erfahrung dieser Jugendlichen.
- Entscheidung für einen gebietsbezogenen Ansatz, der vorsieht, dass die soziale Aktion das Entwicklungspotential des Stadtteils anerkennt und die spezifische Identität, Kultur und Gewohnheiten der Bewohner des Stadtteils akzeptiert.

Dies bedeutet, dass die Idee der Integration als mehr oder weniger autoritärer Prozess zur Änderung der Identität zu Gunsten der Idee des sozialen Aufbaus in einer Gemeinschaft aufgegeben werden muss, indem ihr der Prozess zur Integration übertragen wird, so dass

die Jugendlichen selbst das Gefühl haben, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen.

Es ist notwendig zu akzeptieren, dass die Frage der Integration von Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen eine komplexe fachübergreifende Frage sein sollte, die Theorien in Frage stellt, da es keine vorgefertigten Lösungen oder Wunder gibt.

Wir müssen uns auf einen Prozess nach der Trial-and-Error Methode einlassen, in der die Praxis die Theorie schafft und die Theorie dann dazu beitragen muss, die Praxis zu verbessern.

Der Handhabung der Humanressourcen sollte in dem sozialen Aktionsnetz größere Aufmerksamkeit geschenkt und den betroffenen Parteien geeignete Räume zur Ausbildung, zum Konfliktmanagement sowie zur psychologischen Unterstützung zur Verfügung gestellt werden.

Unser Präsident, Giovanni Di Stasi hätte als italienischer Politiker gerne das Projekt vorgestellt, das erfolgreich in seinem Land, in Neapel, durchgeführt wurde, das sog. „Chance-Projekt", „eine zweite Chance in der Schule".

Wenn die Zeit es zulässt, möchte ich mich noch auf diese Fallstudie von Prof. Frédéric Lapeyre, Katholische Universität Löwen beziehen, die anschaulich und sehr überzeugend darlegt, welchen Mustern man folgen muss, um erfolgreich ein spezifisches Projekt zu Gunsten der Kinder und Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen umzusetzen.

Zuerst möchte ich den Zusammenhang dieser besonderen Initiative darlegen.

Die Geschichte beginnt mit dem Mord an einem 14-jährigen Schulabbrecher in einer Vendetta der Camorra, ausgehend von dem weitverbreiteten Gefühl in Neapel, dass der Mord bestimmt von diesen Jugendlichen in den benachteiligten Stadtteilen verübt wurde, die selbst die ersten Opfer der lokalen Gewalt waren.

Dieses Ereignis löste eine echte Bereitschaft aus, die Bemühungen zu vereinen und nicht zur Tagesordnung überzugehen, sondern aus diesem Teufelskreis auszubrechen.

Dieses neue öffentliche Bewusstsein, das ausführlich in der lokalen und nationalen Presse beschrieben wurde, stand im Einklang mit der Arbeit des einzigen „Straßenlehrers" in Neapel vor Ort.

Auf Bitte des Bildungsreferates von Neapel arbeitete dieser Lehrer bereits im Rahmen der sogenannten „Spanischen Stadtviertelvereinigung" mit anderen Kollegen und dem spanischen Stadtviertelnetz zusammen, um diese praktische Erfahrung auszuweiten.

Das „Chance-Projekt" war eine Initiative von zwei Lehrern in Neapel, Marco-Rossi Doria und Angela Villani, die jahrelange Erfahrung mit gefährdeten Teenagern hatten.

Sie wollten ein Projekt ins Leben rufen zur Rehabilitierung junger Schulabbrecher aus drei unterschiedlichen stark benachteiligten Stadtteilen mit vielen sozioökonomischen Problemen und einer Abbruchrate, die viermal höher ist als der Durchschnitt in Neapel, der bereits wesentlich über dem nationalen Durchschnitt liegt.

Alle Ressourcen aus den verschiedenen Institutionen, die an sozialen Aktionen beteiligt sind, sollten kombiniert und die verschiedenen Akteure aus den ausgewählten Stadtteilen zusammengebracht werden, um den jungen Schulabbrechern aus extrem benachteiligten Stadtteilen eine zweite Chance zu geben.

Die Zeit war reif, ein solches Projekt zu starten. Neapel hatte einen linksgerichteten Bürgermeister, der sich für die Bekämpfung des sozioökonomischen Verfalls in der Stadt engagierte und vor allem war die italienische Regierung dabei, das Gesetz Nr. 285/1997 zu verabschieden, das ein großes Budget für Projekte für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stellte.

Mit den Worten von Marco Rossi-Doria: " Wir wandten uns zwei oder drei Monate vor der Verabschiedung des Gesetzes an das Team von Ministerin Livia Turco und schlugen das Chance-Projekt als Mittel zur Umsetzung des neuen Textes vor.

Sie fanden, dass das Projekt perfekt in diese Gesetzgebung passte, bei der es um die Rechte aller Kinder und Teenager ging und versuchten daher, dieses System mit Hilfe der Dezentralisierung der Ressourcen auf lokaler Ebene zu fördern."

Das Projekt gehörte auch, dank der Agentur für die Rechte der Kinder und Jugendlichen im „Innocenti Institute" in Florenz, zu den wenigen, die auf nationaler Ebene kontrolliert wurden. Nach drei Jahren bewertete dann diese Agentur das Projekt, woraufhin das Ministerium für soziale Angelegenheiten es in den Aktionsplan gegen Armut aufnahm und die Europäische Kommission darüber als Beispiel für gute nationale Praktiken informierte.

Das Chance-Projekt hat zwei organisatorische Kennzeichen:

Erstens wurde es ausgehend von drei territorialen Modulen geplant, die in drei extrem benachteiligten Stadtteilen (einer in der Altstadt und zwei in den Vororten von Neapel) arbeiten, in denen eine außerordentlich hohe Schulfehlquote und Abbruchrate herrscht und in denen die Familien sich in einer sehr schwierigen sozioökonomischen Situation befinden. Es handelt sich um das spanische Viertel, den Stadtteil San Giovanni-Barra und das Viertel

Soccavo;

Zweitens gründet sich das Projekt auf die Partnerschaft zwischen den betroffenen Lehrern, dem Bildungsreferat von Neapel, der Stadt, der Psychologischen Fakultät der Universität Federico II, Jugendarbeitern, örtlichen Handwerkern und den betroffenen Familien. Alle diese Parteien bemühen sich, zusammen mit dem riesigen und komplexen Problem der Teenager, die an dem Chance-Projekt beteiligt sind, fertig zu werden und setzen sich gemeinsam mit den Jugendlichen für den Erfolg des Bildungsprojektes ein.

Das Chance-Projekt geht weit über das eigentliche Ziel hinaus, nämlich den Jugendlichen durch innovative Kurse zu helfen, einen Abschluss zu machen oder sie bloß im Bildungssystem zu halten, bis sie die gesetzliche Schulpflicht vollendet haben.

Die große Stärke dieses Projekts liegt darin, dass es für die Jugendlichen nachvollziehbar ist, die Wahrnehmung ständig interpretiert und das Verständnis gefördert wird.

Ziel des Chance-Projekts ist es, ihr Vertrauen zu gewinnen, ihnen zu zeigen, dass sich jemand um sie kümmert, ihnen zuhört und sich für ihre Interessen einsetzt, damit sich ihr Leben zum Besseren ändert.

Meiner Ansicht nach hängt der Erfolg eines konstruktiven Dialogs mit den Jugendlichen von der Fähigkeit ab, ihre Angst vor extrem schwierigen Lebensbedingungen nicht nur in ihrem Stadtteil, sondern auch in ihrer Familie in den Bildungsansatz mit aufzunehmen.

Bezüglich der Arbeitsmethode, die bei diesem besonderen Projekt zu Grunde gelegt wurde, möchte ich den „Inklusiven" Ansatz hervorheben, der verwendet wurde.

Das Chance-Projekt stützt sich bei der Auswahl der Teenager für „eine zweite Chance in der Schule" auf die Akten der Sozialdienste.

Die einleitende Phase ist eine der innovativsten Beiträge des Projektes verglichen mit den konventionellen Schulen.

Das Projekt gründet sich auf eine Verbindung zwischen Schule, Polizei, Sozialarbeiter und Familien, um den jungen Schulabbrechern ein Netz zu geben, in dem sie sich frei für eine Schule entscheiden können, die speziell auf diese Aufgabe zugeschnitten ist.

Einer der Gründe für den Erfolg von „Chance" bei der Sicherstellung der Loyalität der Jugendlichen ist, dass es diese wichtige Verbindung zwischen Schülern, Lehrern und Jugendbetreuern schafft.

Dies erklärt das Schüler-Lehrer-Verhältnis von fünf zu eins, das es den Jugendlichen ermöglicht, eine Beziehung zu einer zugänglichen, offenen und stabilen Bezugsperson auszubauen.

Einige der Ergebnisse dürfen nicht außer Acht gelassen werden, wenn man versucht, Strategien für eine erfolgreiche, lokale und soziale Inklusion zu schaffen.

Die Familien konnten praktische Ergebnisse sehen, die sich für die Kinder aus dem Chance-Projekt ergeben und sie stellten fest, dass ein echtes institutionelles Interesse daran bestand, ihren Kindern eine bessere Zukunft zu bieten. Wichtig war auch, die Familien so einzubeziehen, dass sie Teil des Prozesses wurden und ein Gefühl der Verantwortung untereinander entwickelten. Einige Familien haben immer noch Schwierigkeiten und bedürfen großer Aufmerksamkeit, aber es gibt Anzeichen für ein wachsendes Interesse ihrerseits an den Zielen eines Projektes, dem sie vertrauen können.

Andererseits haben die Jugendlichen, die sich an dem Projekt beteiligen, auch festgestellt, dass es Erwachsene gibt, die bereit sind, Zeit mit ihnen zu verbringen, positive Bezugspersonen, auf die sie sich verlassen können, die bereit sind, ihnen zuzuhören und versuchen werden, ihnen bei ihren Problemen zu helfen.

Ein Ergebnis ist der positive Bericht über das Projekt, der per Mundpropaganda in den betroffenen Stadtteilen zirkuliert. Zu Beginn wusste keiner in dem Stadtteil etwas über das Projekt, aber jetzt wenden sich die Familien an die Lehrer, um herauszufinden, ob ihre Kinder in das Projekt aufgenommen werden können und Schüler fragen, ob ihre Cousins auch teilnehmen können.

Dieses ganze Projekt dreht sich um Glaubwürdigkeit, etwas was von unseren Bürgern mehr und mehr gefordert wird. Auf lokaler Ebene haben die Politiker immer noch die Möglichkeit, direkt auf die Bedürfnisse der Menschen oder Jugendlichen in den Straßen unserer Städte einzugehen.

Aber wir alle wissen, dass ohne Mittel, auch gute Ideen und Konzepte nicht umgesetzt werden können.

Motivation, Sachverstand, ausgehend von guten Praktiken, unterstützt von Finanz- und Humanressourcen, das ist das Rezept, um Fortschritte zum Nutzen der Bürger als Individuen, aber auch der Gesellschaft als Ganzes zu erzielen.

Investitionen, auch begrenzte Finanz- und Humanressourcen, sind Investitionen in eine besser zusammenhaltende Gesellschaft, die uns allen mehr Stabilität bei der Sicherheit in den Städten sowie bei der Wirtschaftsentwicklung gibt, ausgehend von qualifizierten Kräften, die notwendig sind, um den Kampf für eine bessere Zukunft zu gewinnen.

Eine Überprüfung der ersten Jahre des Chance-Projektes zeigt nicht nur eine gute Präsenzquote in der Schule, sondern auch einen be-

trächtlichen Rückgang bei der Häufigkeit und der Schwere der Gewalttaten.

Ein weiterer Erfolg ist, dass es die Selbstwahrnehmung der Jugendlichen und die Wahrnehmung, die ihre Eltern von ihnen haben, ändert.

Sie stellen nach und nach fest, dass sie in der Lage sind, Dinge zu tun, von denen sie dachten, sie könnten sie nicht.

Dies ist wesentlich, um stärkere soziale Bindungen zu schaffen.

Schließlich scheint das Ziel, das Projekt in den örtlichen Stadtteil einzubinden und Synergien zwischen den Ressourcen zu schaffen, ebenfalls erreicht zu sein.

Das Projekt ist auf zweierlei Art im sozialen Gefüge verankert:

- Erstens durch die Teilnahme an einem inter-institutionellen sozialen Aktionsnetz, um effizienter auf die komplexen sozialen Probleme einzugehen.
  Aber das ist nicht immer einfach und verschiedene an der sozialen Aktion beteiligte Parteien haben auf die ständigen Bemühungen hingewiesen, die notwendig sind, damit das Netz funktioniert, die Koordination und Kooperation besser wird und offene oder latente Konflikte gelöst werden können.
  Ein Beispiel dafür ist die Tatsache, dass die „Chance“ Räumlichkeiten sich in einer traditionellen Schulstruktur befanden. Dies musste zu Konflikten führen, da die Eltern nicht erfreut darüber waren, dass diese benachteiligten Jugendlichen in Kontakt mit ihren eigenen Kindern kamen und die so möglicherweise mit Gewalt konfrontiert werden.
  Aber mit Hilfe des Dialogs und der Vermittlung hat sich die Situation normalisiert und das Klima wurde sachlicher als die Familien feststellten, dass das Projekt dazu dient, diese schwierigen Jugendlichen zu retten.
- Zweitens, wie wir bereits gesehen haben, durch seine aktive Präsenz im Lebensumfeld der Jugendlichen, die sich an dem „Chance“-Projekt beteiligen. Die Wahl dieses gebietsbezogenen Ansatzes ist wichtig, da dadurch das Potential zur Entwicklung im örtlichen Stadtteil anerkannt und die spezifische Identität, Kultur und die Rituale eines spezifischen Stadtteils, dem sogenannten Spanischen Viertel, akzeptiert werden. Es bedeutet, dass die Idee der Integration als fast autoritärer Prozess zu Gunsten der Identität, die den sozialen Aufbau in der Gemeinschaft begünstigt, aufgegeben wird, und so diese Gemeinschaft mehr Kontrolle über ihr eigenes Schicksal erhält.

Ich bin davon überzeugt, dass wir eine direkte Beteiligung der Jugendlichen bei Gemeindefragen brauchen, damit sie ein ganzheitliches Leben führen können, anstatt nur in ihrer Stadt oder Region zu existieren.

Die getroffenen Entscheidungen sind nur dann gesichert, wenn eine Beteiligung am Entscheidungsprozess möglich ist. Das ist eine Grundbedingung für Jugendliche, wenn sie wirklich zusammen leben und eine aktive Rolle im sozialen Wandel in ihrer Straße, Stadtteil, Stadt oder Region spielen möchten.

In diesem Sinne hat der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas im Mai letzten Jahres, ausgehend von der gemeinsamen Arbeit mit den Jugendorganen des Europarates und insbesondere dem gemeinsamen Jugendrat, eine revidierte Europäische Charta zur Partizipation junger Menschen auf lokaler und regionaler Ebene nach einem ersten Versuch vor 10 Jahren verabschiedet. Eine nutzer- und jugendfreundlichere Version dieses Textes ist ebenfalls in Vorbereitung. Ich freue mich, Ihnen berichten zu können, dass letzte Woche das Ministerkomitee der 46 Mitgliedstaaten des Europarates diese Charta gebilligt hat, die in ihren Unterlagen in Form einer Empfehlung an die Regierungen der Mitgliedstaaten vorliegt. Ein Leitfaden für gute Praktiken zum Thema Jugend und Partizipation wird ebenfalls ausgearbeitet.

Die Europäische Charta zur Partizipation junger Menschen auf lokaler und regionaler Ebene soll keine erschöpfende Liste von Maßnahmen sein, die es den Jugendlichen erlauben, harmonisch zusammen zu leben.

Sie legt nur einige Leitprinzipien dar, um es den Jugendlichen leichter zu machen, sich an Entscheidungen, die sie betreffen, zu beteiligen.

Daher können lokal und regional gewählte Vertreter und Entscheidungsträger, wenn sie mit Jugendlichen über Probleme und Aktionen und nicht nur über sie diskutieren, diesen wirklich helfen, nicht nur tatenlos über ihr tägliches Leben nachdenken, sondern auch vollwertige Bürger in ihrer Stadt oder Region zu werden.

Als Kongress, der die gewählten Mitglieder der Kommunalregierung vertritt, sind wir besonders daran interessiert, die institutionellen Bindungen und Strukturen zu stärken, die die Beteiligung Jugendlicher am lokalen und regionalen Leben ermöglichen.

Ich möchte einige der in unserer Charta dargelegten Prinzipien herausstellen, die die notwendigen Bedingungen für eine solche Beteiligung schaffen sollen.

- Zur Durchführung dieser Politik versuchen die Gemeinden und Regionalbehörden die institutionellen Bedingungen für die Betei-

ligung von Jugendlichen an den Entscheidungen und Debatten, die sie betreffen, zu verbessern.

- Die institutionellen Bedingungen für die Beteiligung sind in Strukturen verankert, die in einem Stadtteil, einer Stadt, einem Dorf oder sogar einer Region unterschiedlich sein können. Diese Strukturen sollten es den Jugendlichen und ihren Vertretern ermöglichen, vollwertige Partner bei der sie betreffenden Politik zu sein.
- Partnerschaftsabkommen, die dazu dienen, dass Jugendliche gehört werden und ihre Rolle und ihren Status in der Gemeinschaft verbessern, sind ein Schlüssel zur praktischen Anwendung dieser Charta zur Partizipation der Jugendlichen am Gemeindeleben.
- Die Bezeichnung „Jugenddelegierte" könnte dazu beitragen, die notwendige Verbindung zwischen den Jugendlichen und Entscheidungsträgern auf verschiedenen Ebenen zu schaffen.
- Wenn Jugendliche in den städtischen und regionalen Organen tatsächlich vertreten sein sollen, sollte es auch einen „Jugenddelegierten" in der Gemeinde- und Regionalbehörde geben.
- Dort wo diese Praxis nicht institutionalisiert ist, müssen die Gemeinde- und Regionalbehörden im Rahmen der derzeit geltenden lokalen Gesetzgebung über Möglichkeiten nachdenken, eine solche Stelle einzurichten, für die ein Jugendlicher zum Beispiel auf Vorschlag der Verbände ernannt werden sollte.
- Während einer festgelegten Amtszeit sollte er/sie dem Gemeindereferat, das für Jugendfragen zuständig ist, zur Seite stehen, um darauf zu achten, dass die Ziele der Jugendpolitik konsequent verfolgt und die Entscheidungen, die die Jugendlichen betreffen, koordiniert werden.
- Angesichts der sozialen und kulturellen Veränderungen in einer Gemeinschaft, einem Stadtteil oder einem Dorf sollten Jugendliche direkt für Projekte verantwortlich sein und eine aktive Rolle in den entsprechenden politischen Bereichen spielen, insbesondere bei der Einsetzung eines städtischen Jugendrates.
- Jugendliche werden in diese Räte nach den soziologischen Gegebenheiten in den betroffenen Städten gewählt, einschließlich Stadtviertel-Jugendgruppen, Jugendverbände und Organisationen, Jugendzentren, Gemeindezentren und Schulen.

Ausgehend von einem von den Gemeinde- und Regionalbehörden zugewiesenen Budget operieren diese Jugendräte auf viererlei Weise:

1. Sie prüfen die Bedürfnisse und Ambitionen der Jugendlichen und analysieren die angesprochenen Probleme wie Wohnung, Stadtplanung, Freizeitaktivitäten und kulturelle Einrichtungen;
2. sie unterstützen die Durchführbarkeit der Projekte gemeinsam mit Experten, lokalen Abgeordneten und Beamten in Unterausschüssen;
3. sie erstellen einen Haushalt und treffen Entscheidungen, die sie umsetzen;
4. sie überwachen die Ergebnisse.

Indem sie den Jugendlichen die Möglichkeit geben über ihre Probleme zu sprechen, geben sie ihnen eine Ausbildung im demokratischen Leben und der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten.

Ich könnte natürlich noch mehr Leitprinzipien der Europäischen Charta zur Partizipation von jungen Menschen auf lokaler und regionaler Ebene nennen, aber Sinn dieser Übung ist es ja, zu zeigen, dass wir bereits wertvolle Instrumente zur Verfügung haben.

Einige sind nicht so gut bekannt wie andere, aber der Zweck unserer heutigen Zusammenkunft ist es, mehr über die zu verwendenden Instrumente zu erfahren und den Jugendlichen zu helfen, die Schwierigkeiten, vor denen sie in den benachteiligten Stadtteilen stehen, zu überwinden.

Wir alle wissen, dass Instrumente nicht den Willen der politischen Entscheidungsträger ersetzen können.

Unsere Aufgabe hier und jetzt ist es zu zeigen, dass die Effizienz dieser Instrumente die Politiker auf allen Ebenen anregen sollte, diese mehr und mehr zu nutzen. Wie die Beispiele für gute Praktiken zeigen, haben sich solche Instrumente als operationell und nützlich erwiesen.

Wir müssen von der Theorie zur Praxis gehen.

Integration durch eine verstärkte Beteiligung sollte als Angebot für diejenigen gesehen werden, die sich in einer komplexen Gesellschaft zurecht finden möchten, in der sie ihren Platz haben und in der sie willkommen sind als anerkannter Teil der Gesellschaft, in der sie leben.

Meine Damen und Herren, ich möchte mit Ihnen eine andere Erfahrung des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas teilen. Es geht um Jugendliche aus Einwandererfamilien in den Städten und Regionen und die Möglichkeit, sie zu ermutigen, sich auf lokaler und regionaler Ebene zu beteiligen.

Anlässlich der Tagung des Kongresses im Mai 2004 verabschiedeten wir die Entschließung 181 (2004) über „Ein Pakt zur Integration und Beteiligung der Einwanderer in den Städten und Regionen Europas".

Ich möchte einige Prinzipien hervorheben, die bei der Definition von „Integrierten Strategien für Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Stadtteilen“ zu berücksichtigen sind .

Ich denke, wir sind uns alle einig, dass eine verstärkte Kooperation auf allen Ebenen der Regierung notwendig ist, um einen kohärenten Rahmen für eine legale und ordnungsgemäße Einwanderung festzulegen und gleichzeitig effektiv gegen die illegale Einwanderung vorzugehen, die den Menschenhandel und die Ausbeutung von Menschen begünstigt.

Ich bin überzeugt, dass wir der Öffentlichkeit ein anderes Bild von den Folgen der Einwanderung und den Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, vermitteln müssen.

Wir müssen die negative Wahrnehmung großer Teile der Öffentlichkeit und vieler politischer Entscheidungsträger verändern.

Wir sollten klar sagen, dass die Migrationsströme die Vielfalt und die Vitalität unserer Städte stärken und klare Vorteile mit sich bringen, die sich in Demographie, Wirtschaft und Kultur zeigen. Diese Vorteile sind abhängig von der Fähigkeit und dem politischen Willen, die Herausforderungen bei der Integration der Betroffenen anzunehmen und für ein harmonisches Miteinander der verschiedenen kulturellen und religiösen Gruppen in den europäischen Gesellschaften zu sorgen.

Wir alle sind davon überzeugt, dass die Integration von Menschen aus Einwandererfamilien, die oft in den benachteiligten Stadtteilen leben, eine gemeinsame Verantwortung ist, die nationale und europäische Solidarität erfordert, damit die am meisten von den Migrationsströmen betroffenen lokalen und regionalen Akteure agieren können.

Ich bin überzeugt, dass die Integrationsprogramme sowohl auf die effektive Integration von Menschen aus Einwandererfamilien, die sich bereits niedergelassen haben und in der Gemeinde oder Region bleiben wollen als auch auf den Einsatz spezifischer Maßnahmen zur Integration der Neuankömmlinge abzielen müssen.

Ich möchte noch einen Schritt weiter gehen. Ich glaube, dass gleiche Chancen für Jugendliche aus Einwandererfamilien, die nun in benachteiligten Stadtteilen leben, nur durch positive Diskriminierung in einigen Bereichen möglich sind. Und hierfür sind angemessene Human- und Finanzressourcen erforderlich.

Es ist notwendig, dass dieser Frage höchste politische Priorität beigemessen wird und alle Akteure auf lokaler Ebene in einen echten „Integrationspakt” eingebunden werden, während eine intensive Kommunikation mit allen Anwohnern gepflegt wird. Ausgehend davon wurde ein Netz von Städten eingerichtet, die „Ausländerbeiräte” geschaffen haben, und wir haben soeben einen Leitfaden mit „guten Praktiken“ zu dieser Arbeit herausgegeben, der die Erfahrungen aus 24 europäischen Ländern darlegt. Zufällig trifft dieses Netz morgen in Stuttgart zusammen, wo es vor 2 Jahren ins Leben gerufen wurde. Ich bin sicher, dass die an dem Netz interessierten Personen später hinzustoßen können. Die Frage des „Zugangs der Migranten zu Sozialrechten” sollte in der Tat ein wichtiges Thema auf der Tagesordnung des Ausschusses für sozialen Zusammenhalt des Kongresses bleiben.

Nur wenn ein angemessener nationaler oder europäischer Rechtsrahmen von den Behörden abgesteckt wird, wenn die entsprechenden Mittel verfügbar und den zuständigen Behörden auf lokaler oder regionaler Ebene eine Kombination von Finanz- und Humanressourcen, gutem Willen und Motivation, Sachverstand und Fähigkeiten zur Verfügung gestellt werden, dann kann sich etwas ändern und nur dann haben wir eine realistische Chance, wesentliche Fortschritte zu Gunsten der Jugendlichen und der Gesellschaft als Ganzes zu machen.

Wir alle müssen nach einem stärkeren politischen Bewusstsein und einem günstigen politischen Umfeld in unseren Städten und Ländern streben. Wir müssen unsere Kräfte bündeln, alle verfügbaren Ressourcen vereinen, um unser gemeinsames Ziel zu erreichen und einer demokratischeren Gesellschaft, die zusammenhält näher zu kommen, von der unsere Kinder und Jugendlichen alle profitieren werden.

Sie sind unsere Zukunft und in sie zu investieren ist die einzig vernünftige Investition, um die Zukunft unserer Gesellschaft zu sichern.